

(Rudolf Hausmann)

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Und deswegen helfen Sie dem armen Herrn Zumwinkel? – Abg. Ute Vogt SPD: Dass Leute für 5 € schaffen müssen, das kann doch niemand gutheißen! Und wir zahlen es mit Steuergeldern! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/1803. Es ist Abstimmung begehrt. Wer für diesen Antrag ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 8:**

- a) **Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – „Global Marshall Plan“-Initiative in Baden-Württemberg – Drucksache 14/1201**
- b) **Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Entwicklungszusammenarbeit aus Baden-Württemberg – Drucksache 14/1265**
- c) **Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Neue Partnerschaft mit Afrika; Besuch von Ministerpräsident Oettinger in Südafrika – Drucksache 14/1742 (geänderte Fassung)**

Das Präsidium hat eine Aussprache mit einer Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt. Die Redezeiten müssen nicht ausgeschöpft werden, sagt gerade unser Kollege Schriftführer.

(Heiterkeit des Abg. Rudolf Hausmann SPD)

Das wollte ich hier auch noch sagen.

Wer möchte zu diesem Punkt sprechen? –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Niemand!)

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hausmann das Wort.

(Abg. Ute Vogt SPD: Das ist heute sein Tag!)

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind an einem Punkt angelangt, bei dem es ein paar Gemeinsamkeiten mehr gibt als beim vorherigen Thema.

Wer von uns 1950 zur Welt kam, wurde in eine Welt mit 2,5 Milliarden Menschen hineingeboren. Heute hat er 6,5 Milliarden Menschen um sich herum, und in weiteren 50 Jahren, 2050, werden 10 Milliarden Menschen auf der Erde leben.

Europa, Nordamerika und Japan haben in dieser Zeit ihren Wasserverbrauch verdreifacht, den Ausstoß von CO₂ vervierfacht und betreiben fünfmal so viel Fischfang, und die Güterproduktion wird sich weltweit um das Siebenfache erhöht haben. Die ökologische Basis dafür ist deutlich geringer geworden.

Durch Transport, durch Kommunikationswege, durch die Entwicklung neuer Technologien ist die Lebensweise bei uns, in den reichen Ländern, sichtbar geworden für die Menschen, die anders und in deutlich schwierigeren Verhältnissen leben. Das hat etwas mit Globalisierung und teilweise zumindest auch mit Transparenz zu tun.

Wenn wir uns die Welt als ein Dorf mit 1 000 Bewohnern vorstellen, dann finden wir als erstes ein Segment von 200 Bewohnern vor, zu denen auch ein Superreicher zählt, dem 30 % von allem, entsprechend auch von der Fläche, gehören. Diese ersten 200 haben Villen, Luxusmalls und ein bis drei Autos pro Familie. Dann kommt der große Mittelstand mit 400 Leuten. Dieser Mittelstand zeichnet sich nicht wie bei uns dadurch aus, dass er über ein Auto verfügt, sondern dadurch, dass er irgendwo am Rande des Dorfes mit drei Ziegen und fünf Hühnern arbeitet. Außerdem haben wir noch die Gruppe der Armen mit 400 Leuten, von denen wiederum die Hälfte ganz Arme sind mit hohen Sterblichkeitsraten, Kindersterblichkeit, Krankheiten etc.

Wenn man sich anschaut, dass die ganz Armen, die sozusagen am Rande der Müllkippe leben, ihr Baumaterial daraus holen, ihre Nahrung daraus holen, ihre Freizeit u. a. mit Fernsehen verbringen und dass auf ihrem Dorfplatz möglicherweise ein wackeliger Fernseher steht, der „Seifenopern des Lebens“ sendet und die Lebenswirklichkeit – oder das, was dafür gehalten wird – der anderen 600 reproduziert, dann darf man sich nicht wundern, dass dadurch ein Trend entsteht, dem nachzueifern. Ich habe Ihnen vorhin schon gesagt: Wir haben die Situation, dass der „ökologische Fußabdruck“ dramatisch zu groß ist, das heißt der Verbrauch heute schon viel zu groß ist im Vergleich zur Ressource, und dass wir einen Ausgleich schaffen müssen. Dieser Ausgleich darf jedoch nicht dadurch hergestellt werden, dass wir sagen: „Die anderen dürfen nun nicht die Entwicklung durchmachen, die auch wir durchlaufen haben“, sondern er muss von gleichen Voraussetzungen für alle ausgehen und sich von der Maxime leiten lassen: Was ich tue, das kann auch zum Gesetz erhoben werden, oder – das Ganze in globalisierter Darstellung –: Was wir als reiche Staaten tun, müssen auch ärmere Länder oder Schwellenländer machen können.

Diese Entwicklung – es geht auch um einen demokratischen Zugang, einen sozialen Zugang – erfordert eine ganze Serie von Maßnahmen. Wenn ich nur einmal die übergeordneten Ziele betrachte, die in dem jeweiligen Land wirksam umgesetzt werden sollen, dann heißt das – da sind wir uns Gott sei Dank einig –: Wir brauchen so etwas wie einen Marshallplan. Ich unterstütze ihn ja nicht komplett, aber immerhin enthält er als Punkt 1 die Millenniumsziele, also Abbau von Hunger, Grundschulbildung für alle, Gleichstellung, Senkung der Kindersterblichkeit, Verbesserung der Gesundheit der Mütter, Bekämpfung von Krankheiten, Nachhaltigkeit etc. Das sind Ziele, die man umsetzen muss, und zwar mit einer relativ hohen Geschwindigkeit. Die UN haben beschlossen, dies bis 2015 umzusetzen.

Zum Zweiten brauchen wir pro Jahr 100 Milliarden € mehr Geld, damit die Ziele überhaupt umsetzbar sind. Diese Länder benötigen 100 Milliarden € mehr, damit sie überhaupt die Voraussetzungen bekommen, die Millenniumsziele umzusetzen.

(Rudolf Hausmann)

Wir brauchen drittens konkrete Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen. Da ist die Tobin-Steuer in der Diskussion, für die Gott sei Dank in der Zwischenzeit ganz viele Wirtschaftsleute plädieren, u. a. auch bei uns in Baden-Württemberg Professor Rademacher, der Vorsitzende des Bundesverbands für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft, der ein ganz klares Votum dafür abgibt. Er sagt: Ein Steuersatz von einem Zehntausendstel, also 0,01 %, je finanzieller Transaktion bringt insgesamt 30 Milliarden €. Jetzt sage ich Ihnen: 0,03 % brächten also bereits fast 100 Milliarden. Ich vereinfache das jetzt einmal. Was internationale Finanztransaktionen anbelangt, kann man das ja hochrechnen: Bei 10 000 € geht es um insgesamt 3 Cent. Das wäre die Größenordnung, um das Problem zu erledigen. Das ist bei uns derzeit leider noch nicht möglich. Es ist aber möglich, dass einem armen Afrikaner, der hier lebt und seiner Familie, die zu Hause Hunger leidet, 200 € schicken will, 50 € für die Transaktion abgeklopft werden. Dann sind es plötzlich 25 %; das ist bei uns möglich. Also muss sich in dieser Richtung deutlich etwas verändern.

„Ökosozial statt marktradikal“ steht auf der Agenda. Das wird – zumindest verbal – übrigens Gott sei Dank von allen Parteien so unterstützt. Ich denke, wir in Baden-Württemberg müssen uns folgende Gedanken machen: Es gibt da ganz viele Akteure, z. B. Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Ministerien etc. Das will ich jetzt gar nicht bewerten; so viel Zeit will ich mir jetzt nicht nehmen. Es finden bei uns also ganz viele Aktivitäten statt. Wir meinen, diese Aktivitäten müssen klar gebündelt und auf einen roten Faden hin konzentriert werden. Es muss fühlbar werden, welche Teilaufgabe wir in Baden-Württemberg – auch wenn wir natürlich nicht vorrangig zuständig sind, sondern die Kompetenz für die Entwicklungshilfe beim Bund liegt – erfüllen und welche Maßnahmen wir umsetzen wollen. Wenn man alle Anträge betrachtet, die heute vorliegen, meine ich, dass wir schon relativ weit gekommen sind.

„Durchsetzung der weltweit vereinbarten Millenniumsziele“ steht in den Initiativen von CDU und FDP/DVP. Prima! Das unterstützen wir. Wir werden auch den Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 14/2165, unterstützen.

(Zuruf von der FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir unterstützen natürlich das Bestreben, im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der Entwicklungszusammenarbeit eine herausragende Stellung einzuräumen. Das Gleiche gilt für den hohen Stellenwert der Entwicklungszusammenarbeit und die Äußerungen zu Burundi.

Noch einmal: Ich glaube, wir werden fokussierter arbeiten müssen und werden die Kräfte, die wir haben, bündeln müssen, damit auch für die Menschen in Baden-Württemberg spürbar wird, was sich insgesamt tun muss, damit unser Tun gelingt.

Im Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE ist der „Global Marshall Plan“ enthalten, den Sie derzeit ablehnen. Wir bitten darum, die Anträge noch in den Ausschüssen zu beraten.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Okay!)

Die SPD-Fraktion wird auch Ihrem Antrag zustimmen, weil das ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung ist. Da-

für, dass wir bis zum Jahr 2015 Ergebnisse brauchen, ist zwar noch nicht viel getan, aber ein solcher erster Schritt ist die Voraussetzung dafür, weitere Schritte hinzubekommen. Wenn wir gemeinsam in diese Richtung marschieren könnten, wäre das schön.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Splett für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn wir heute hier im Landtag eine entwicklungspolitische Debatte führen, dann ist das kein Akt vorweihnachtlicher Fürsorge, sondern geht es um ganz harte Fakten. Es geht um die Frage, wie wir die Zukunft gestalten wollen.

Dazu müssen wir uns erst einmal vor Augen führen, wie die Zustände in der Welt aussehen. Herr Hausmann hat dazu schon einiges ausgeführt; ich will noch einige Zahlen ergänzen.

Täglich sterben 30 000 Kinder an Hunger, an den Folgen schmutzigen Wassers oder an vermeidbaren Krankheiten. Der Vermögenszuwachs der etwa 800 Dollar-Milliardäre beträgt pro Jahr 300 bis 400 Milliarden US-Dollar. Die vier reichsten Menschen der Welt besitzen mehr Geld als eine Milliarde der ärmsten Menschen dieser Welt zusammen.

Für Entwicklungszusammenarbeit stehen weltweit weniger als 100 Milliarden US-Dollar bereit, während die Rüstungsausgaben 1 000 Milliarden US-Dollar betragen.

Baden-Württemberg zieht sich Jahr für Jahr weiter aus der Armutbekämpfung und aus Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zurück, da die Mittel als sogenannte Freiwilligenleistungen zum Zweck der Haushaltskonsolidierung eingespart werden.

Die Millenniumsziele wurden im Jahr 2000 von 189 Staaten, darunter der Bundesrepublik Deutschland, als weltweite Entwicklungsziele vereinbart, die bis zum Jahr 2015 zu erreichen sind. Zu den Zielen gehören die Beseitigung der extremen Armut und des Hungers, die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung, die Gleichstellung der Geschlechter, aber auch die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit. Es geht darum, die Welt gerechter und nachhaltiger zu machen.

Die Halbzeitbilanz zeigt uns, dass wir noch weit von der Erreichung der Millenniumsziele entfernt sind und nicht im Zeitplan liegen. Einige Länder entfernen sich sogar von den Zielen. In Afrika leiden noch immer 40 % der Menschen unter extremer Armut.

Baden-Württemberg hat erklärt, hinter den Zielen der Millenniumserklärung zu stehen. Das ist gut so. Aber wenn man dahintersteht, muss man auch sagen, was man tut, um die Ziele zu erreichen. Damit sind wir bei unserem Antrag zur Unterstützung der „Global Marshall Plan“-Initiative. Der „Global Marshall Plan“-Initiative geht es darum, diese Millenniumsziele umzusetzen, die dafür notwendigen finanziellen Mittel zu erschließen und die ökosoziale Marktwirtschaft zu stärken. Die „Global Marshall Plan“-Initiative hat Wurzeln in Baden-

(Dr. Gisela Splett)

Württemberg. Eines ihrer Gründungsdokumente ist die sogenannte Stuttgarter Erklärung. Trotzdem – und das wundert uns – hat diese Initiative bisher relativ wenig Resonanz in Baden-Württemberg und dagegen mehr Resonanz in anderen Bundesländern gefunden. Fast alle österreichischen Bundesländer haben Beschlüsse zur Unterstützung der Initiative gefasst, und auch der Thüringer Landtag hat dies getan. Erst vor wenigen Wochen hat die Stadt München einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Wir halten es für überfällig, dass sich auch Baden-Württemberg in die Liste der Unterstützer einreicht, aktiv für die Ziele der Initiative wirbt und dazu beiträgt, dass die Millenniumsziele bekannter gemacht und Finanzmittel hierfür erschlossen werden.

(Beifall bei den Grünen)

Die Argumente, die die Landesregierung gegen dieses Ansinnen aufführt, können wir so nicht stehen lassen. Meine Damen und Herren von der leider ziemlich leeren Regierungsbank,

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Der Staatssekretär ist doch da!)

Sie meinen, dass die für eine gerechtere und nachhaltigere Welt notwendige Änderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht durchsetzbar sei. Sie sagen, der Einfluss der Landespolitik sei begrenzt. Gleichzeitig loben Sie das ehrenamtliche Engagement im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.

Wie, meinen Sie, können wir denn glaubwürdig jede Einzelne und jeden Einzelnen in Baden-Württemberg aufrufen, etwas zu tun und sich für entwicklungspolitische Ziele und die Erreichung der Millenniumsziele einzusetzen, wenn wir gleichzeitig sagen, ein Bundesland könne nichts machen? Das Land, meine Damen und Herren, hat zahlreiche Handlungsmöglichkeiten. Es kann die übergreifenden Themen des „Global Marshall Plans“ in der Bildungspolitik viel überzeugender aufgreifen, als es bisher geschieht, das Land kann seine Einflussmöglichkeiten im Bundesrat und in Europa für Ziele im Sinne des „Global Marshall Plans“ nutzen, es kann Infokampagnen durchführen und vieles andere. Man muss nur wollen.

(Beifall des Abg. Johannes Stober SPD)

Im Übrigen halte ich es nicht für sinnvoll, hier über den Antrag abzustimmen. Kollege Hausmann hat es schon gesagt: Es ist sicherlich sinnvoll, wenn wir uns im Ausschuss noch einmal darüber unterhalten. Ich möchte auch hier schon anregen, über eine Anhörung nachzudenken. Der Thüringer Landtag hat zu diesem Thema bereits erfolgreich eine Anhörung durchgeführt.

Nun zur Großen Anfrage der Fraktion der CDU zur Entwicklungszusammenarbeit: Was wir in der Antwort der Landesregierung lesen können, ist beschämend. Das Land hat sich in den letzten sieben Jahren aus der Entwicklungszusammenarbeit zurückgezogen. Stattgefunden hat eine Abkehr von Maßnahmen der Armutsbekämpfung und integrierten Projekten zugunsten der Bezuschussung von Außenwirtschaftsförderung und Markterschließung. Das ist auch ganz deutlich aus der

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der FDP/DVP herauszulesen.

Das bürgerschaftliche Engagement hingegen ist ungebrochen. Ich möchte mich hier explizit bei allen bedanken, die in diesem Bereich ehrenamtlich aktiv sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Die wortreichen Ausführungen der Landesregierung können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Engagement des Landes stark zurückgegangen ist. Ich möchte Sie bitten, sich einmal die Tabellen auf den Seiten 14 bis 18 der Drucksache 14/1265 anzuschauen. Diese bringen die Sache ganz gut auf den Punkt. Wenn wir z. B. die Zahlen des Ressorts Wirtschaftsministerium betrachten – das ist ja für die Entwicklungszusammenarbeit zuständig –, fällt auf, dass die Haushaltsansätze von umgerechnet 5 Millionen € im Jahr 1997 auf inzwischen 0 € gesunken sind. Da fragt man sich schon, wie es den Mitarbeitern, die diese Antworten verfassen, trotz solcher Zahlen gelingt, Formulierungen zu Papier zu bringen wie:

Dennoch wird die Landesregierung ihrer entwicklungspolitischen Verantwortung gerecht.

Dieser Satz stimmt nicht. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, bedarf es einiger Anstrengungen. Wir brauchen erhöhte Mittelansätze für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und auch für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit hier bei uns. Wir brauchen neue entwicklungspolitische Leitlinien in Baden-Württemberg, und dabei können wir uns ein Beispiel an Nordrhein-Westfalen nehmen. Dort hat das Kabinett im August neue Leitlinien beschlossen. Diese umfassen im Übrigen auch eine Länderpartnerschaft mit einem afrikanischen Land, in diesem Fall Ghana. Man hat sich bewusst für eine Partnerschaft entschieden. Uns zeigt auch das Beispiel Rheinland-Pfalz, das eine Zusammenarbeit mit Ruanda hat, dass eine solche Partnerschaft Sinn macht. Eine Partnerschaft unterstützt und fördert die Eigeninitiative der Menschen im afrikanischen Partnerland und schafft hier Bewusstsein für globale Zusammenhänge und unsere Verantwortung für die Eine Welt.

Wir Grünen stehen zur Zusammenarbeit mit Burundi. Dieser Landtag hat 1986 einen Beschluss zur Hilfe für Burundi gefasst. Der damit verbundenen Zusage gegenüber Burundi fühlen wir uns weiterhin verpflichtet. Wir wollen diese Zusammenarbeit mit Burundi auch nicht gegen andere Länder ausspielen. Es muss einem Land wie Baden-Württemberg möglich sein, mit mehreren Ländern zu kooperieren und Zusammenarbeit zu pflegen. Hier gilt also, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen.

Burundi ist in einer politischen Situation, die eine Wiederbelebung der Zusammenarbeit ermöglicht. Das Land ist wirtschaftlich in einer Situation, die unsere Unterstützung zu einer moralischen Verpflichtung macht. Burundi ist Schlusslicht beim Welthungerindex. Gerade die Kinder leiden unter der Situation. Burundi ist auf humanitäre Hilfe von außen angewiesen, auch um den Frieden und die politische Entwicklung zu stabilisieren. Die vielen laufenden Projekte auf privater und kirchlicher Ebene, all diese Initiativen und Projekte brauchen die Rückendeckung aus dem Landtag.

(Dr. Gisela Splett)

Nun liegen zur Großen Anfrage der CDU zwei Entschließungsanträge vor. Wir bedauern, dass CDU und FDP/DVP nicht bereit waren, sich auf einen gemeinsamen interfraktionellen Antrag mit uns einzulassen. Wir meinen, dass das dem Thema gutgetan hätte. Aber ich werte es als Erfolg unseres Vorschlags für einen interfraktionellen Antrag – wir haben einen solchen Antrag nun alleine eingebracht –, dass die Regierungsfractionen einen eigenen Antrag vorgelegt haben. Wir unterstützen diesen Antrag gern, auch wenn wir nicht mit jeder Formulierung glücklich sind. Wir meinen in Anbetracht der Situation beispielsweise, es hätte nicht „weiterhin einen hohen Stellenwert“, sondern „wieder einen hohen Stellenwert“ heißen müssen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das wäre aber verkehrt gewesen! Sinnentstellend!)

Wir stimmen aber zu. Über unseren Antrag, denke ich, braucht dann nicht mehr abgestimmt zu werden. Wir freuen uns vor allem über das klare Bekenntnis zu Burundi. Insgesamt geht es darum, dass wir einen Weg hin zu einer gerechteren Welt und zu einer nachhaltigen Entwicklung beschreiten müssen. Denn wenn uns das nicht gelingt, dann wird dieser Planet ein ungemütlicher Ort. Diese globale Entwicklung wird dann auch Baden-Württemberg einholen. In diesem Sinn sind wir nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Lasotta für die CDU-Fraktion.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich über die Ankündigung sowohl der SPD-Fraktion als auch der Fraktion GRÜNE, unserem Entschließungsantrag zuzustimmen. Ich glaube, dass wir in vielen Punkten gar nicht weit auseinanderliegen. Ich finde es gut, dass wir Ihren Antrag zum „Global Marshall Plan“ **noch einmal im Ausschuss diskutieren können**, weil wir, glaube ich, **bei den Zielen gar keine Dissense** haben. Da sind wir uns wirklich einig. Auch das klare Bekenntnis unseres Landes und der CDU-Fraktion zu den Millenniumszielen gilt uneingeschränkt. **Die Umsetzungswege innerhalb des „Global Marshall Plans“ sind noch diskussionswürdig.** Deswegen freue ich mich, dass wir über den Antrag nicht formell abstimmen, sondern in eine vertiefte Diskussion einsteigen können.

Die Thematik der Entwicklungshilfe ist zuerst – das haben auch meine beiden Vorredner betont – eine **bundespolitische Aufgabe**. Die Zielsetzung, 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, die Stabilisierung der Unterstützung im Rahmen der weltweiten Bemühungen, Armut zu bekämpfen, liegen in der bundespolitischen Zuständigkeit. **Aber natürlich hat auch das Land Baden-Württemberg eine Verpflichtung in diesem Gesamtkontext.** Baden-Württemberg hat traditionell ein hohes Engagement aus dem Bereich der Kirchen, aus dem Bereich der Bürgerschaft, von Nichtregierungsorganisationen. Dieses große Engagement unserer Bürgerschaft, unserer Kirchen wird auch durch landespolitische Maßnahmen begleitet.

Die Antwort auf die Große Anfrage unserer Fraktion, die aufzeigt, was in den vergangenen zehn Jahren an Entwicklungszusammenarbeit im Land Baden-Württemberg geleistet wurde, was durch das Land in koordinierender Funktion gebündelt wurde, was auch an eigenen Geldmitteln zur Verfügung gestellt wurde, ist, glaube ich, eine gute Bilanz.

Man darf das auch nicht alles schlechtreden, Frau Splett. Natürlich ist auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit die Haushaltskonsolidierung nicht spurlos vorbeigegangen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen nach außerhalb des Plenarsaals zu verlegen.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Dennoch haben wir große entwicklungspolitische Ansätze aufrechterhalten können und werden das auch weiterhin in vielen Bereichen tun.

Ich möchte nicht auf alle Bereiche unserer Großen Anfrage eingehen. Aber ich glaube, es ist erwähnenswert, dass wir in der Vergangenheit im Bereich der kirchlichen Initiativen Hunderte von Millionen Euro aus Baden-Württemberg für die Arbeit vor Ort, auch für die Missionsarbeit, zur Verfügung gestellt haben, dass unsere bürgerschaftlichen Initiativen in über 1 000 Nichtregierungsorganisationen organisiert sind, dass beispielsweise 200 der bundesweit 800 Weltläden bei uns in Baden-Württemberg sind und hier ein traditionell hohes Engagement vorhanden ist, dass es landauf, landab kommunale Initiativen gibt, die insbesondere durch die Lokale Agenda 21 Schwung erhalten haben, dass auf der Ebene der Wirtschaft und durch die Unterstützung der Industrie- und Handelskammern viele Projekte und Verbindungen aufgebaut werden konnten, dass kommunale Partnerschaften, kirchliche Partnerschaften, Schulpartnerschaften, Partnerschaften zwischen den Universitäten entstanden sind. Das ist, glaube ich, eine gute Bilanz, auf der man auch weiterhin aufbauen kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Natürlich können nicht alle Haushaltsansätze wie in der Vergangenheit gehalten werden. Aber wir haben ja keinen Stillstand erlebt. Vielmehr haben wir auch neue Initiativen und Entwicklungen gezeigt im Bereich der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit, die eine wichtige Funktion als Ansprechpartner und Servicestelle für alle, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, ausübt und die – auch durch eine Aufstockung des Stiftungskapitals und durch Spenden und Zuwendungen – eine sehr gute Arbeit vor allem auch bei der Koordinierung, im Aufbau von Netzwerken und in der Bildungsarbeit für unsere bürgerschaftlichen Gruppen insbesondere im Bereich des fairen Handels leistet.

Wir haben den Bereich der Landesstiftung mit einer neuen Förderlinie von 1,7 Millionen € pro Jahr, durch die Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit gefördert werden. Es gibt weitere Linien, etwa im Bereich der Umweltentwicklung und im Bereich des nachhaltigen Lernens. Das sind alles Initiativen, die in Ergänzung dessen, was über die Ministerien in der Vergangenheit abgewickelt wurde, entstanden sind. Das lässt sich sehen. Baden-Württemberg hat mit der SEZ bundesweit die größte Stiftung im Bereich der Entwicklungszusammen-

(Dr. Bernhard Lasotta)

arbeit. Diese leistet wirklich eine hervorragende Arbeit, die wir auch in Zukunft stärken und weiter ausbauen möchten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Bei den Ministerien haben wir weiterhin Ansätze im namhaften Bereich, nämlich Millionenbeträge, insbesondere im Wissenschaftsbereich für die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten oder im Bereich des Kultusministeriums für das Internationale Institut für Berufsbildung in Mannheim, das eine hervorragende Arbeit bei der beruflichen Qualifizierung leistet. Zudem nenne ich die Zusammenarbeit mit InWEnt in Mannheim, die Freistellung von Lehrkräften, internationale Schulpartnerschaften. Das alles sind Ansätze, die in der Landespolitik auch weiterhin als Schwerpunkte gesehen werden. Es sind auch die Kernbereiche in der Arbeit, in denen wir das Know-how haben und gut sind, bei denen wir traditionell eine vernünftige Entwicklung hatten und die wir auch in Zukunft entsprechend halten wollen. Es gibt Projekte auch in Kombination mit Bundesmitteln und mit Europamitteln; auch das ist in der Beantwortung der Großen Anfrage alles nachzulesen.

Aber natürlich brauchen wir in diesen Zeiten auch eine stärkere Positionierung, einen gewissen Druck – „Druck“ ist vielleicht das falsche Wort; vielleicht trifft es das Wort „Selbstverpflichtung“ besser – der Weltgemeinschaft aufgrund der Armutsentwicklung, aufgrund der Schere zwischen armen und reichen Ländern, die sich derzeit noch stärker öffnet, und auch aufgrund der dadurch bedingten Wanderungsbewegungen, die man nur dadurch nachhaltig bekämpfen kann, dass man in den Entwicklungsländern eine Entwicklung unterstützt, die zu mehr Frieden, Stabilität, Abbau von Armut und dem Aufbau besserer gesundheitlicher und sozialer Strukturen führt. Erst dann hat man seine Verpflichtungen auch wirklich ernst genommen.

Deswegen schlagen wir mit unserem Initiativantrag, den wir gemeinsam mit den Kollegen der FDP/DVP erarbeitet haben, vor, dass wir Schwerpunkte bilden und uns zum einen noch einmal klar zu den Millenniumszielen in der Entwicklungszusammenarbeit bekennen, gleichzeitig aber auch die Entwicklung landespolitischer Richtlinien im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit einfordern. Wir glauben, dass dies im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg geschehen sollte, weil das Thema Entwicklungszusammenarbeit sich besonders für diesen Gedanken eignet und hier eine herausragende Stellung einnehmen sollte.

Zudem wollen wir, dass die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Staat Burundi ausgebaut und verstärkt wird. Hier gibt es eine gewisse Tradition; es gab bereits Ansätze seit Ende der Achtziger- und Beginn der Neunzigerjahre, als auch eine Erklärung dieses Parlaments ausgesprochen wurde, verstärkt in entsprechende Beziehungen eintreten zu wollen. Diese Initiativen sind dann aufgrund des Bürgerkriegs in diesem afrikanischen Staat eingeschlafen. Sie wurden dennoch durch das Engagement der Kirchen, vieler bürgerschaftlicher Gruppen sowie Unternehmen in Teilen aufrechterhalten, die vor Ort Unterstützung und Hilfe gegeben haben.

Nachdem sich die politischen Verhältnisse in Burundi einigermaßen stabilisiert haben und sich abzeichnet, dass entspre-

chende demokratische Strukturen weiter gefestigt und ausgebaut werden können, wollen wir hier wieder einen Schwerpunkt der Arbeit setzen und versuchen, die Finanzmittel, die wir über die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit und über die einzelnen Ressorts im Landeshaushalt haben, etwas zu bündeln, um so ein klares Bekenntnis nicht nur zu einer Entwicklungszusammenarbeit abzugeben, wie sie in der Vergangenheit erfolgt war – nämlich so, dass das Land Baden-Württemberg einen entsprechenden Mehrwert daraus beziehen konnte und sich auch wirtschaftliche Strukturen aufbauen und festigen ließen –, sondern so, dass wir durch dieses Engagement für Burundi auch klarmachen, dass wir eine humanitäre Verpflichtung im Bereich der Entwicklungshilfe haben. Diese ist zugegebenermaßen eine Freiwilligkeitsleistung; sie würde unserem Landtag jedoch gut anstehen.

Insofern freue ich mich, dass wir von Ihrer Seite Unterstützung zu unserem Initiativantrag bekommen. Ich glaube, dass wir gemeinsam als Parlament ein Zeichen dafür setzen und ein klares Bekenntnis dazu abgeben können, dass die Entwicklungszusammenarbeit auch weiterhin einen hohen Stellenwert haben wird.

Vielen Dank und noch eine gute Zeit.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Anträge der Fraktionen zeigen, dass die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sehr wohl ein Thema des Landtags ist, auch wenn sie nicht zu den originären Aufgaben des Landes Baden-Württemberg gehört. Denn die Entwicklungshilfe ist ja originäre Bundesaufgabe. Wenn man im Rahmen der Föderalismusreform sagt, man müsse die Ebenen wieder entflechten und dafür sorgen, dass sich die einzelnen Ebenen auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren, dann ist es doch umso bemerkenswerter, dass wir hier im Bereich der freiwilligen Aufgaben tätig sind.

Man kann natürlich sagen: Hier kann nie genug gemacht werden, Frau Kollegin Dr. Splett. Ich denke, jeden, der in diesen Ländern schon unterwegs war und Not und Elend gesehen hat, dauert das. Gleichzeitig sollte man aber das, was aus Baden-Württemberg, aus der Bundesrepublik und aus der Europäischen Union heraus insgesamt geleistet wird, auch nicht gering schätzen. Es werden ja eine ganze Reihe von Maßnahmen vorgenommen – von der Stabilisierung in Mittel- und Osteuropa bis hin zu den entsprechenden Initiativen in Asien, Südamerika und Afrika.

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion hat mit ihrem Antrag „Neue Partnerschaft mit Afrika; Besuch von Ministerpräsident Oettinger in Südafrika“ den Bezug hergestellt, der ja vor wenigen Tagen auch von der Europäischen Union im Rahmen eines Gipfels mit Afrika in Portugal aufgegriffen wurde. Dieser Gipfel ist ja nicht so verlaufen, wie man es sich erhofft hat. Das zeigt auch ganz deutlich, wie notwendig eine stärkere Orientierung auf Afrika ist.

Wir von der FDP/DVP-Fraktion jedenfalls sind der Auffassung, dass sich auch das Land Baden-Württemberg mit den

(Michael Theurer)

vorhandenen begrenzten Mitteln Afrika verstärkt zuwenden muss. Die Frage dabei ist natürlich: Wo setzt man am besten an? Was ist der richtige Ansatzpunkt, um sich nicht zu verzetteln? Da meine ich: Das darf auch nicht im Sinne eines Vorwurfs formuliert werden, Frau Dr. Splett. Ein Bundesland wäre mit Sicherheit überfordert, wenn es in eine Entwicklungspolitik einsteigen sollte. Das ist nicht unsere originäre Aufgabe. Aber wir als FDP/DVP-Fraktion bekennen uns dazu, dass wir im Zusammenhang mit der Außenwirtschaftszusammenarbeit, der Bildungsarbeit, dem Wissenschaftstransfer und dem kulturellen Austausch hier Aufgaben erfüllen.

Das gilt vor allem – das ist auch der Schwerpunkt – für die Unterstützung und Begleitung von bürgerschaftlichem Engagement. Ich möchte noch einmal erwähnen, was Kollege Dr. Lasotta gesagt hat: Wir haben hier in Baden-Württemberg ein herausragendes bürgerschaftliches Engagement in der Entwicklungshilfe – von freigemeinnützigen Gruppen bis hin vor allem auch zu den kirchlichen Gruppen, die auf diesem Gebiet Großartiges leisten.

Aus der Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag geht ja hervor, dass allein in Baden-Württemberg 2 500 Nord-Süd-Initiativen vorhanden sind. Als ich dies gelesen habe, habe ich mich gefreut. Das ist eine große Zahl. Ich finde es auch gut, dass die vom Land ins Leben gerufene und unterstützte Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit rund 2 000 dieser Initiativen begleitet und ein Stück weit mithilft, dass diese Initiativen auch professionelle Arbeit leisten können. Ich meine, dass wir hier den richtigen Schwerpunkt gesetzt haben.

Auch wir von der FDP/DVP sagen zu, dass wir die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit weiter stärken wollen. Es war dringend erforderlich, den Stiftungsbetrag, der seit vielen Jahren ausstand, in diesem Jahr auszuführen. Es sollte unsere gemeinsame Anstrengung sein, dass auch von privater Seite Zustiftungen zu der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit erfolgen. In Zukunft sollen ja Vermögen in Milliardenhöhe vererbt werden. Es wäre schön, wenn ein Teil dieser Erbschaften auch einem solchen gemeinnützigen Zweck zugeführt würde.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich möchte noch in einigen Punkten auf den Antrag unserer Fraktion zu Südafrika und zu Afrika allgemein eingehen.

Wir begrüßen die verstärkte Zusammenarbeit mit der Partnerprovinz Kwa-Zulu/Natal in Südafrika. Südafrika ist wie ein Anker, ist nach der Überwindung der Apartheid ein Land mit großen Potenzialen, ein Land, von dem wir hoffen können, dass von ihm aus die Entwicklungen nach Afrika hineingetragen werden. Glücklicherweise gibt es auch positive Signale aus Mosambik.

In diesen Bereichen besteht ein großer Bedarf der örtlichen Wirtschaft nach Technologietransfer. Hier können baden-württembergische Firmen große Hilfen leisten. Das sind auch Marktchancen, gerade auch für kleine und mittlere Unternehmen. Aber wir sehen die großen Vorteile eines wirtschaftlichen Austauschs in der Entwicklung für beide Seiten. Es ist ja keine Einbahnstraße, wenn Nationen miteinander Handel trei-

ben. Vielmehr brauchen diejenigen, die in vernünftiger Weise und auf lange Frist miteinander in wirtschaftliche Kontakte treten wollen, Partner, die sich diese Geschäfte auch leisten können. Das heißt, eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern, in Südafrika, in Mosambik liegt in unserem Interesse.

Es ergibt sich ja doch ein sehr differenziertes Bild, wenn man sich die Länder in Afrika anschaut. Botswana z. B. hat ein Pro-Kopf-Einkommen in Kaufkraftparitäten, das dem Portugals entspricht. Es gibt also durchaus stabile Verhältnisse in Afrika. Man merkt auch sehr deutlich, dass dort, wo die Herrschenden für stabile Verhältnisse sorgen, wo es Ländern gelingt, nicht in Stammesfehden, Stammeskonflikte hineingezogen zu werden, wo Bürgerkriege vermieden werden, auch der Volkswohlstand steigt. Es ist also gerade nicht so – manchmal wird ja dieser Eindruck erweckt –, dass nur die entwickelten Länder Konflikte schüren würden, sondern eine ganze Reihe von Konflikten haben ihren Ursprung in den Ländern selbst.

Vergleicht man etwa Botswana mit Burundi, zeigt sich ein krasser Unterschied. In Burundi gab es Bürgerkriege, die diesen mühsamen Entwicklungsprozess gestört haben, die gerade aufgebaute Strukturen zerstört haben, die in Teilen auch Krankenhauseinrichtungen, die von Baden-Württemberg aus gefördert wurden, zerstört haben. Es ist bitter, wenn man das sieht. Die Zivilbevölkerung leidet darunter, weil sich die Herrschenden dort in Konflikten zerstreiten, die dann militärisch ausgetragen werden. Das ist alles verheerend. Da kann dann auch eine Entwicklungszusammenarbeit nur noch eingeschränkt stattfinden. Die CDU-Fraktion und die FDP/DVP-Fraktion haben jetzt, nachdem es wieder stabile Verhältnisse in Burundi gibt, gesagt, wir sollten diese Partnerschaft, die aus den Achtzigerjahren stammt, wiederbeleben.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das ist vernünftig. Das ist ein Ansatz, der von allen Fraktionen in diesem Hause getragen wird. Daher erhoffen wir uns eine breite Zustimmung zu dem Antrag. Ich denke, dass hier auch eine Aufgabe des Landtags liegt, der demokratischen Regierung in Burundi, einem Armutsland, zur Seite zu stehen. Ich glaube, dass wir hier in Baden-Württemberg, in Deutschland, in Europa genauso viel lernen, wenn wir uns mit dortigen Mandatsträgern und Politikern austauschen, wie umgekehrt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag zu Afrika ist im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit etwas mager. Hier sind sicherlich nicht alle Projekte aufgeführt, die die Universitäten und sonstigen Hochschulen in unserem Land machen. Ich weiß allein von der Universität Hohenheim, dass eine ganze Reihe von Projekten und viel Zusammenarbeit mit Hochschulen in Äthiopien, in Ghana, in Kamerun und in Benin laufen. Auch andere Universitäten unterhalten eine Vielzahl von Projekten. Deshalb ist es sinnvoll – und auch das ist Bestandteil des gemeinsamen Entschliessungsantrags –, dem Haus hier einmal eine Übersicht vorzulegen, auf deren Grundlage wir dann die Weiterentwicklung und Vertiefung unserer Kontakte in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, insbesondere in Afrika, vornehmen können.

(Michael Theurer)

Auch der Kontakt zu ehemaligen Absolventen baden-württembergischer Hochschulen lässt sich organisieren. Die frühere Carl-Duisberg-Gesellschaft, heute InWEnt, arbeitet ja bereits mit ehemaligen Absolventen beruflicher oder universitärer Ausbildungsstätten zusammen.

Ein weiterer Punkt ist die Frage: Wie kann man den Wirtschaftskontakt verstärken? Wie kann man baden-württembergischen Unternehmen helfen, wenn sie auf dem nicht ganz einfachen afrikanischen Kontinent Fuß fassen wollen? Wir sehen in diesem Austausch eine Chance des Technologietransfers und auch eine Chance für Umweltprojekte in Afrika.

Die früher Deutsche Häuser genannten German Centers sind hier ganz wichtig. Ich finde es bezeichnend, dass es bisher nicht gelungen ist, Investoren zu finden, die ein solches German Center beispielsweise in Südafrika aufbauen. Ich konnte mir kürzlich in Peking ein solches German Center anschauen. Das ist wirklich hilfreich für kleine und mittelständische Firmen, die in einen solchen Markt hineingehen. Ich möchte die Zuständigen in der Landesregierung bitten, noch einmal gemeinsam mit der L-Bank zu versuchen, in Afrika, vielleicht im südlichen Afrika ein solches German Center aufzubauen. Ich meine, das wäre ein wirksamer Beitrag, um eine aktive Armutsbekämpfung durch wirtschaftliche Entwicklung sicherzustellen.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Es ist wichtig, dass wir Afrika stärker in den Blick nehmen. Wir haben als FDP/DVP-Fraktion mit unserem Antrag hierzu einen ersten Beitrag geleistet, und ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Drautz für das Wirtschaftsministerium.

Staatssekretär Richard Drautz: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zu unserer heutigen entwicklungspolitischen Debatte Folgendes feststellen: Unsere Welt ist zu der Einen Welt zusammengewachsen. Die Globalisierung fast aller Bereiche des Zusammenlebens der Weltbevölkerung, die Internationalisierung unserer Wirtschaft, die weltweiten Bemühungen um den Klimaschutz, die Bekämpfung von Kriegswirren, Terrorismus und Armut, all dies zeigt, wie wichtig das entwicklungspolitische Engagement von Staat und Gesellschaft zur Abmilderung des Gegensatzes zwischen den armen und den reichen Ländern ist.

Die Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Regierungen auf Bundes- und Landesebene, der Kommunen und der Bürgergesellschaft, aber auch der Weltgemeinschaft insgesamt mit ihren internationalen Organisationen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Spärlicher Beifall! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber ehrlich!)

Ich finde es deshalb hervorragend, dass die parlamentarischen Initiativen der CDU, der FDP/DVP, der SPD und der Grünen

uns veranlasst haben, die Bemühungen in unserem Land auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit zu bilanzieren und auch öffentlich darzustellen.

Wenn ich jetzt den Antrag von CDU und FDP/DVP sehe und dann noch signalisiert wird, dass SPD und Grüne diesem Antrag beitreten,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Zustimmung!)

dann habe ich ein richtig schönes vorweihnachtliches Gefühl.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Walter Heiler SPD: Weihnachtsgeschenk! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Halleluja!)

Ich möchte an dieser Stelle auch feststellen, dass sich das Wirtschaftsministerium als koordinierendes Ministerium im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit den anderen beteiligten Ministerien wirklich große Mühe gegeben hat,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Hat sich bemüht!)

die Anträge und die in der Großen Anfrage gestellten Fragen sehr eingehend aufzuarbeiten.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jawohl!)

Im Übrigen stelle ich nach den heutigen Beiträgen der Fraktionssprecher trotz unterschiedlicher Akzentsetzungen fest, dass alle politischen Kräfte dieses Hauses das Thema „Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit“ auch auf Landesebene für wichtig halten und sich mit dieser Thematik eingehend befassen.

Lassen Sie mich aus Sicht der Landesregierung zusammenfassend Folgendes feststellen:

(Abg. Walter Heiler SPD: Kurz und prägnant!)

Erstens: Die Entwicklungszusammenarbeit ist seit vielen Jahren ein fester Bestandteil der Politik der Landesregierung.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Sie sieht darin eine wichtige Aufgabe, die zwar vorrangig von der Bundesregierung wahrgenommen, aber von den Ländern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und ihrer finanziellen und politischen Möglichkeiten mitgetragen und unterstützt wird. Baden-Württemberg betreibt die Entwicklungszusammenarbeit als freiwillige Aufgabe und trifft finanzielle und andere Verpflichtungen in diesem Bereich nach dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Gerade im Bereich des Wirtschaftsministeriums war Baden-Württemberg seit den Siebzigerjahren insbesondere mit den Projekten im Bereich der beruflichen Bildung und der Handwerksförderung erfolgreich in Ländern wie Indien, China, Indonesien, Malawi, Burundi, Brasilien, Chile und Peru tätig

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja rund um die Welt!)

und hat hier Verbindungen aufgebaut, die zu großen Teilen bis heute weiter bestehen und auch für unsere Wirtschaftsbeziehungen und für unsere Unternehmer nutzbar sind.

(Staatssekretär Richard Drautz)

Wenn wir diese Projektarbeit heute nicht mehr in diesem Maße durchführen können, dann nicht nur aufgrund der allseits bekannten Haushaltsrestriktionen, sondern auch deswegen, weil die Bundesregierung und ihre Organisationen sich in der Zwischenzeit in dieser Projektarbeit überaus stark engagieren.

Frau Dr. Splett, ich möchte Ihnen vom Wirtschaftsministerium aus eines sagen. Sie haben die Frage gestellt, wie das in Zukunft mit der Förderung aussieht. Dazu möchte ich Ihnen mitteilen: Für die Aktivitäten unserer abgeschlossenen Projekte insbesondere in Lateinamerika sowie für die – allerdings degressive – Förderung des Studienbegleitprogramms STUBE der evangelischen Kirche geben wir im Rahmen des Haushaltstitels der Außenwirtschaftsförderung in diesem Jahr immerhin noch 230 000 € aus.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Und nächstes Jahr?)

Bei der Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts 2009/2010 wird politisch zu entscheiden sein, ob wieder Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit im Bereich des Wirtschaftsministeriums eingestellt werden.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Vielleicht schreiben Sie schon einmal den Entwurf!)

Gerade für den Bereich des Wirtschaftsministeriums möchte ich klar sagen: Sie wissen genau, dass die Mittel der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit zugegangen sind

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Ja, genau! Selbstverständlich!)

und dass das Wirtschaftsministerium deshalb im Moment kein direkter Förderer mehr ist.

Zweitens möchte ich feststellen: Trotzdem gehören wir auch heute unter den Bundesländern – hören Sie jetzt genau zu! – mit einem Beitrag von über 6 Millionen € jährlich zu den sich überdurchschnittlich engagierenden Ländern.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Wir sind ganz weit runtergerutscht im Ranking!)

Zahlreiche Partnerschaften, Projekte und Programme unserer Hochschulen mit Hochschulen aus Entwicklungsländern sind Beispiele dafür. Auch die Partnerschaften unserer allgemeinbildenden Schulen mit Einrichtungen und Projekten in Entwicklungsländern leisten eine hervorragende Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Drittens: Die Bildungsarbeit innerhalb und außerhalb unserer Schulen wird in hervorragender Weise im Rahmen der Aktion „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ von unserem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport vorangetrieben. Diese Aktion weckt und unterstützt das Verständnis und das Engagement unserer jungen Bürger für entwicklungspolitische Themen und Themenzusammenhänge.

Viertens: Die 1991 mit Zustimmung aller Fraktionen des Landtags errichtete Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg hat sich bewährt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eine tolle Stiftung! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Welche Stiftung?)

Wenn es sie nicht gäbe, müsste man sie heute noch neu erfinden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Diese Stiftung führt in hervorragender Weise zahlreiche Initiativen unserer Kommunen und bürgerschaftlichen Vereinigungen zusammen und fördert das bürgerschaftliche Engagement mit ihren eigenen Mitteln. Außerdem vermittelt sie vor allem die Förderung durch die Landesstiftung Baden-Württemberg über die entwicklungspolitische Förderlinie. Die SEZ fördert außerdem durch ihre Bildungsarbeit und ihre Veranstaltungen das Verständnis unserer Bürger für die Bedeutung entwicklungspolitischer Themen und Probleme.

Mit der Bereitstellung des Stiftungskapitals Anfang 2007 in Höhe von über 4 Millionen € und den Möglichkeiten von Zustiftungen ist die SEZ nunmehr zukunftsfest. Dies halte ich – fünftens – im Hinblick auf die große Bedeutung aller bürgerschaftlichen und kommunalen Initiativen in unserem Land auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik für besonders wichtig. Es ist schon erstaunlich, wie viele private Organisationen, Vereinigungen und Projektinitiativen es für die Dritte Welt gibt, einschließlich der kirchlichen Initiativen und Organisationen beider Konfessionen bis hin zu den Aktivitäten unserer Kirchengemeinden.

Wir haben versucht, dieses große Engagement in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion im Einzelnen darzustellen. Allen diesen Initiativen einschließlich der Tätigkeit des Dachverbandes Entwicklungspolitik Baden-Württemberg sind wir zu großem Dank verpflichtet,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

den Sie jetzt schon durch Ihren Beifall ausgesprochen haben. Alle diese Initiativen schärfen, wenn auch mit unterschiedlichen politischen Akzenten, in unserer Bevölkerung das Bewusstsein für die Probleme der Entwicklungsländer.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Friedliche Weihnachten!)

Sechstens möchte ich darauf hinweisen, dass auch die Aktivitäten unserer Wirtschaft, also unserer Unternehmen, in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas nicht unwesentlich zur Entwicklung dieser Länder positiv beitragen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Warenaustausch in beide Richtungen und Investitionen in den Entwicklungsländern machen diese Länder zu gleichberechtigten Partnern im Welthandel und schaffen Arbeitsplätze und Auskommen für zahllose Menschen.

Gleichzeitig leisten unsere Unternehmen im Rahmen ihrer Projekte und Niederlassungen einen erheblichen Beitrag zur Qualifizierung von Mitarbeitern und Kunden. Mit unserer Au-

(Staatssekretär Richard Drautz)

ßenwirtschaftsförderung zugunsten der Markterschließung mittelständischer Unternehmen im Ausland leisten wir als Landesregierung wichtige Unterstützung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist klar, dass unsere Wirtschaft auch auf Konkurrenten aus anderen Ländern stößt, z. B. auf Staatsunternehmen aus China, die sich im Bereich der Infrastruktur und der Rohstoffversorgung betätigen. Wir müssen uns aber im Klaren darüber sein, dass Entwicklungsländer diese Partner unter anderen Aspekten sehen als wir.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist notwendig!)

Im Übrigen sind die Wirtschaftsdelegationsreisen des Herrn Ministerpräsidenten, des Wirtschaftsministers

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Und des Staatssekretärs!)

und von mir

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und der Ausschüsse des Landtags!)

in Entwicklungs- und Schwellenländer ein gutes Beispiel dafür, dass wir auch entwicklungspolitische Probleme vor Ort, z. B. im Bereich des Gesundheitswesens und der beruflichen Aus- und Fortbildung, aufgreifen und entsprechend hilfreiche Kontakte herstellen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Unsere Reisen und Kontakte in Bezug auf Südafrika sind ein aktuelles Beispiel dafür.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Richtig!)

Dasselbe gilt für die Auslandsreisen des Wissenschaftsministers im Bereich der Zusammenarbeit unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ganz wichtig!)

Meine Damen und Herren, insgesamt leisten die Landesregierung und das Land Baden-Württemberg mit seinen Bürgern einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele, also zur Bekämpfung der Armut und des Hungers, zur Gewährleistung von Bildung, zur Förderung der Gleichstellung der Frauen, zur Gewährleistung ökologischer Nachhaltigkeit und zum Aufbau einer globalen Partnerschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

Natürlich ist unser Beitrag begrenzt, denn dieser Bereich gehört zu den Hauptaufgaben der Bundesregierung, der Europäischen Gemeinschaft und internationaler Organisationen wie der UNO oder der Weltbank.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Staatssekretär Richard Drautz: Die Diskussion um die Ziele eines „Global Marshall Plans“ oder auch die Diskussionen über den Sinn oder die Fehlentwicklungen von Entwicklungshilfe gerade im Hinblick auf Afrika sind wichtig, aber auch überaus kontrovers und manchmal auch sehr theoretisch. Sie führen oft zu wenig hilfreichen Ergebnissen. Deshalb halte ich auch den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE nicht für sehr hilfreich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD: Was?)

Wichtig ist, dass wir die Stimmen und Meinungen aus den Entwicklungsländern ernst nehmen und in einem partnerschaftlichen Miteinander praktische Hilfe vor Ort leisten.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Hierin liegt gerade die Stärke der Nichtregierungsorganisationen und des bürgerschaftlichen Engagements. Die Landesregierung wird hierzu im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch künftig ihren Beitrag leisten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Bernhard Lasotta und Abg. Georg Wacker CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Wir kommen zunächst zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/1201. Die Fraktion der SPD hat die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss beantragt. Schließt sich die Fraktion GRÜNE dem an?

(Zustimmung der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

– Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zur Großen Anfrage der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1265. Diese Große Anfrage ist durch die Aussprache erledigt.

Dazu wurden zwei Anträge gestellt. Zunächst ist über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/2165, abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit hat sich der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2166, erledigt.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Genau!)

Der Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/1742 (geänderte Fassung), ist ein reiner Berichtsantrag und als solcher durch die Aussprache erledigt.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung abgeschlossen.